



ÜBERLEGST DU NOCH,
ODER WÄHLST DU SCHON?

**Wir fragen für Dich die Bundestagsabgeordneten zum
Klimaschutz - weil's sonst keine*r tut!**

WO LIEGEN IHRE PRÄFERENZEN BEIM UMBAU DER ENERGIEVERSORGUNG? WAS UNTERNEHMEN SIE BEISPIELSWEISE, UM DIE DESINVESTITION, D. H. DEN ABZUG DES KAPITALS AUS UNTERNEHMEN ZU FÖRDERN, DEREN GESCHÄFTSFELD DIE EXTRAKTION, VERARBEITUNG UND DER VERTRIEB FOSSILER ENERGIETRÄGER IST?

Sebastian Roloff, Bundestagskandidat der SPD antwortet:

Die Energiewende muss zügig vorangetrieben werden und sollte so dezentral wie möglich erfolgen. Dazu gehört in Bayern die sofortige Aufhebung der 10H-Regelung, die den Ausbau der Windkraft nahezu gestoppt hat. Der CO₂-Zertifikatehandel auf europäischer Ebene muss reformiert und durch Verknappung wieder zu einem wirksamen Instrument gemacht werden. Neben dem Ausstieg aus der Atomkraft muss aus Klimaschutzgründen auch ein Ausstieg aus der Braun- und Steinkohlenutzung für Strom- und Wärme Gewinnung erfolgen. Ich trete für einen verbindlichen Ausstiegsplan ein, bei dem die schmutzigsten Kohlekraftwerke mit dem niedrigsten Wirkungsgrad zuerst abgeschaltet werden. Der Ausstieg aus der Braunkohle muss in der Lausitz und in NRW durch strukturpolitische Maßnahmen sozial flankiert werden.

WIE ERREICHEN WIR IHRER MEINUNG NACH EINE VERKEHRSWENDE?

Sebastian Roloff, Bundestagskandidat der SPD antwortet (Seite 1):

Die Investitionen in den öffentlichen Verkehr und in den Umweltverbund müssen massiv gesteigert werden. Es ist beschämend, wie wenig Geld Deutschland in die Schiene investiert. Diese Summe muss erheblich erhöht und stetig weiter gesteigert werden.

Der Gütertransport muss so weit als möglich auf die Schiene verlagert werden. Gigaliner sollten auf deutschen Straßen nicht zugelassen werden. Die Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Verkehr müssen massiv erhöht werden. Die Kommunen und Landkreise müssen vom Freistaat Bayern viel stärker bei der Beschaffung und Bestellung von Leistungen im öffentlichen Verkehr unterstützt werden.

Ich halte ein verbindliches Ziel für den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor für notwendig. Die Politik in Bund und Freistaat muss nicht nur eine verbindliche E-Auto-Quote festlegen, sondern emissionsfreie Antriebe technologieunabhängig fördern.

Sebastian Roloff, Bundestagskandidat der SPD antwortet (Seite 2):

Bis die für diesen Ausstieg notwendigen Voraussetzungen (zum Beispiel flächendeckende Ladeinfrastruktur für E-Mobilität) geschaffen sind, muss die Einhaltung von Grenzwerten durch die Autoindustrie (CO₂, Feinstaub, Stickoxide) scharf kontrolliert werden. Die Zuständigkeit für die Überprüfung der Fahrzeuge und Einhaltung der Grenzwerte sollte vom Kraftfahrtbundesamt auf das Umweltbundesamt übertragen werden.

In der Stadt trete ich für einen weiteren Ausbau des Radverkehrs und den Vorrang für umweltfreundliche Verkehrsmittel, zum Beispiel durch separate Busspuren und den Ausbau von Fahrradwegen, ein. Städtische Busse sollten so schnell wie möglich auf E-Mobilität umgestellt werden.

DURCH WELCHE MAßNAHMEN KANN IHRER MEINUNG NACH EINE UMSTELLUNG AUF ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT UND DER VERZICHT AUF MASSENTIERHALTUNG ERFOLGEN?

Sebastian Roloff, Bundestagskandidat der SPD antwortet (Seite 1):

Die Förderung für ökologische Landwirtschaft muss in der Umstellungsphase verbessert werden.

Ökologische Landwirtschaft muss zum Pflichtfach an Landwirtschaftsschulen werden.

Die Subventionspolitik in Europa muss reformiert werden. Öko-Dienstleistungen der Landwirtschaft müssen viel stärker honoriert werden. Deshalb muss von der ersten Säule (Flächenförderung) in die zweite Säule (Umweltmaßnahmen) umverteilt werden.

Außerdem muss die Extensivierung steuerlich gefördert werden, nicht die Steigerung der Produktion. Qualität statt Quantität und eine bessere Förderung der regionalen (Bio-)Vermarktung sind ebenfalls notwendig. Ich trete außerdem für eine Abgabe auf Pflanzenschutzmittel ein, um die externen Kosten (Verlust an Artenvielfalt) zu internalisieren.

Sebastian Roloff, Bundestagskandidat der SPD antwortet (Seite 2):

Außerdem muss die Genehmigungspolitik für Mega-Ställe deutliche verschärft werden, zum Beispiel durch Veränderungen beim Immissionsrecht.

Wenn die externen Kosten der Intensivlandwirtschaft sich im Preis widerspiegeln, werden Bioprodukte deutlich konkurrenzfähiger.

Die Ausbringung von Dünger muss reduziert werden, um Trinkwasser und Artenvielfalt zu schützen. Dazu muss gegebenenfalls die Düngeverordnung ein weiteres Mal reformiert ihre Einhaltung besser überwacht werden.

Wir haben im Moment bis auf wenige Ausnahmen ein Angebots- und kein Nachfrageproblem bei Bioprodukten. Trotzdem sollte die öffentliche Beschaffung - zum Beispiel für Kantinen - muss viel stärker auf ökologische Lebensmittel ausgerichtet werden.